

DIE STADTWERKE GEHÖREN ALLEN GRAZERINNEN UND GRAZERN

Machtspiel bei Stadtwerken

ÖVP und Grüne wollen die Privatisierung durchpeitschen und machen die Stadtwerke zum Spielball ihrer Machtpolitik.

Die Grazer Stadtwerke gehören allen Grazerinnen und Grazern und sind nicht das Eigentum irgendeiner Partei. Das hat man in der Stadtregierung scheinbar vergessen, denn Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) und seine Vize Lisa Rücker (Grüne) besetzen die entscheidenden Posten nach schwarz-grünem Proporz. Eine Kontrolle ist unerwünscht. Noch in der letzten Gemeinderatsperiode hatten die Grünen ein solches Vorgehen angeprangert.

Genau genommen wollen ÖVP und Grüne den Aufsichtsrat (AR) auf 18 Mitglieder vergrößern. Neun Sitze gehen an die ÖVP, drei an die Grünen. Dazu kommen sechs Betriebsräte. Das letzte Wort soll der

Vorsitzende des Aufsichtsrates, Bürgermeister Nagl, haben. Seine Stimme zählt bei Stimmengleichheit doppelt. Die ÖVP hat also immer eine bequeme Mehrheit. „Diese Vorgangsweise drückt ein Denken aus, das nahtlos an die Machtpolitik vergangener Jahre anknüpft“, so KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. „Aufsichtsräte sind Kontrollorgane und nicht der verlängerte Arm der Mächtigen.“

Damit nicht genug. Aus den Stadtwerken soll die „Graz AG“ werden. Im Zuge einer „Strukturreform“ könnten schon bald der Kanal und die Wirtschaftsbetriebe an die Graz AG verkauft werden.

„Wir verlangen eine umfassende, öffentliche Diskussion über



Stadtwerke als Spielball der schwarz-grünen Stadtregierung.

die Zukunft der Grazer Stadtwerke und erneuern unser Bekenntnis zum öffentlichen Eigentum. Privatisierungsschritte werden – wie auch die Übertragung von Wirtschaftsbetrieben und Kanal aus der Stadtverwaltung – auf unseren Widerstand stoßen.“

kündigte KP-Stadträtin Elke Kahr an. In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde das Stück u.a. durch Betreiben der KPÖ von der Tagesordnung abgesetzt. ÖVP und Grüne wollen den Beschluss nun am 8. Mai durchziehen.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Seniorencard gültig

Eine KPÖ-Forderung wurde nach Jahren umgesetzt. Beim Verkehrsverbund gelten nun die GVB-Seniorenkarten auf allen städtischen Linien. Gemeinderätin Gerti Schloffer hatte schon im März 2002 vorgeschlagen, die seit dem Jahr 2000 gültige Seniorencard nicht nur auf GVB-Linien, sondern auf allen Verbundlinien in Graz und Graz-Umgebung zu verwenden. Der Einsatz trug nun Früchte.



Büsche zu schicken“, sagt KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Sie machte sich im Gemeinderat dafür stark, dass bei den Spielplätzen Junges Europa in Eggenberg, in Kalkleiten und im August-Matthey-Park in St. Leonhard Kinder-WCs aufgestellt werden.

WC am Spielplatz

In Graz gibt es viele schöne Kinderspielplätze. Was fehlt, sind WCs. „Im Sinn des Kinderschutzes ist es nicht vertretbar, die Kinder in die

Wohnbau sichern

Weil in den letzten Jahren drei Milliarden Euro aus der Wohnbauförderung zweckentfremdet wurden – vor allem zum Stopfen von Löchern im

Landesbudget – stellte die KPÖ im letzten Gemeinderat einen erfolgreichen Dringlichkeitsantrag, wonach die Wohnbauförderung wieder an ihren Zweck gebunden wird. Sonst ist die Zukunft des sozialen Wohnbaus gefährdet.

Kein Frieden

Owohl er längst Friedenssteig heißen sollte, trägt der Steig von der Sackstraße hinauf zum Schloßberg noch immer den Namen Kriegssteig. Für KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch beantragte die Namensänderung.



Geld für Kindergarten

Förderungskürzungen beim interkulturellen mehrsprachigen Kindergarten in der Schützgasse haben dazu geführt, dass trotz Personalkürzungen



ein Fortbestand des Kindergartens nicht mehr gewährleistet ist. KP-Gemeinderätin Ulrike Taberhofer stellte einen erfolgreichen Dringlichkeitsantrag: Die Stadt Graz springt für eine Basisfinanzierung des in Not geratenen Kindergartens ein.